



BACHELORARBEIT

Frau
Kristina Maria Knill

**Bürgerbeteiligung in Deutsch-
land:
Kommunikationsanalyse der
Auseinandersetzung um den
Bau einer zweiten S- Bahn-
stammstrecke in München**

2014

BACHELORARBEIT

Bürgerbeteiligung in Deutschland: Kommunikationsanalyse der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S- Bahn- stammstrecke in München

Autorin:
Frau Kristina Maria Knill

Studiengang:
Angewandte Medien

Seminargruppe:
AM11wK1-B

Erstprüfer:
Prof. Dr. Stephan Heller

Zweitprüfer:
Dr. Sebastian Scharf

BACHELOR THESIS

Citizen participation in Germany: Communications analysis of the altercation at the construction for a second S-Bahn trunk route in Munich

author:
Ms. Kristina Maria Knill

course of studies:
Applied Media

seminar group:
AM11wK1-B

first examiner:
Prof. Dr. Stephan Heller

second examiner:
Dr. Sebastian Scharf

Bibliografische Angaben

Knill, Kristina Maria:

Bürgerbeteiligung in Deutschland: Kommunikationsanalyse der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S- Bahn-stammstrecke in München

Citizen participation in Germany: Communications analysis of the altercation at the construction for a second S-Bahn trunk route in Munich

36 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2014

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	VII
Abbildungsverzeichnis	IX
Tabellenverzeichnis	X
1 Einleitung.....	1
1.1 Intention der Bachelorarbeit	1
1.2 Vorgehensweise der Bachelorarbeit.....	1
2 Bürgerbeteiligung	3
2.1 Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland	3
2.2 Bürgerbeteiligung im Bundesland Bayern	6
2.3 Bürgerbeteiligung in Kommunen	10
2.4 Vergleich der Bürgerbeteiligung im Bund und in Kommunen.....	13
3 Kommunikationsanalyse am Fallbeispiel der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke in München	15
3.1 Begriffsdefinition von Kommunikation.....	15
3.2 Kommunikationsanalysen	18
3.2.1 Inhalt von Kommunikationsanalysen	18
3.2.2 Aufbau von Kommunikationsanalysen	20
3.2.3 Ziel von Kommunikationsanalysen	20
3.3 Kommunikationsanalyse der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke in München	21
3.3.1 IST-Zustand der S-Bahn in München	22
3.3.2 Beteiligte Personen und Parteien	24
3.3.3 SOLL–Zustand der zweiten S-Bahn Stammstrecke	25
3.3.4 Standpunkt und Mediennutzung der Stadt München	27
3.3.5 Standpunkte und Mediennutzung der politischen Parteien	28
3.3.6 Standpunkte und Mediennutzung der DB.....	30
3.3.7 Standpunkte und Mediennutzung von ProBahn	32
3.3.8 Interpretation der Kommunikation	33
3.4 Bürgerbeteiligung im Fall zweite S-Bahn Stammstrecke	34
3.5 Schlussfolgerung.....	35
4 Fazit.....	36

Literaturverzeichnis	XI
Anlagen	XVII
Eigenständigkeitserklärung	XVIII

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische
CSU	Christlich-Soziale Union
DB	Deutsche Bahn
f.	folgend
ff.	und folgend
FDP	Freie Demokratische Partei
FW	Freie Wähler
MVV	Münchner Verkehrs- und Tarifverbund
S.	Seite
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
S-Bahn	Schnellbahn
v.	vom

Vgl.	Vergleich(e)
------	--------------

z.B.	zum Beispiel
------	--------------

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: MitDenken: Münchens Projekte im Überblick auf dem Online-Portal muenchen-mitdenken.de	12
Abbildung 2: Umfrage zur Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene	13
Abbildung 3: Kommunikation einer Botschaft	16
Abbildung 4: Die Wahl eines Kommunikationskanals in Abhängigkeit der Richtung, des Zwecks und des Ziels einer Kommunikation	17
Abbildung 5: Gedanken des Empfängers über den Sender einer Botschaft nach Schulz von Thun	19
Abbildung 6: Beförderungsleistung des MVV von 2008 bis 2012	23
Abbildung 7: Ausschnitt der aktuellen S-Bahn Stammstrecke in München	24
Abbildung 8: Die neuen Stationen der zweiten S-Bahn Stammstrecke München	26
Abbildung 9: Banner der Homepage 2.stammstrecke-muenchen.de	31
Abbildung 10: Geplante Baukosten für die zweite S-Bahn Stammstrecke	32

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Quoren und Fristen der Bundesländer bei direkter Demokratie, Stand vom 31.12.2013	7
Tabelle 2: Ranking der gesetzlichen Regelungen der direkten Demokratie	9

1 Einleitung

„Trotz der allgemeinen Politik- und Parteienverdrossenheit sind Jugendliche durchaus bereit, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen, insbesondere dann, wenn ihnen eine Sache persönlich wichtig ist.“¹

Die Intention sich als Bürger der Bundesrepublik Deutschland bei politischen Fragestellungen zu beteiligen ist offensichtlich selbst bei der jungen Generation vorhanden. Die Voraussetzung ist jedoch meist ein persönlicher Bezug. Es ist zu vermuten, dass die „Politik- und Parteienverdrossenheit“ Grund dafür sind, dass die Eigeninitiative an Bedeutung zunimmt.

1.1 Intention der Bachelorarbeit

Der Bevölkerung fällt es leicht wütend auf die Deutsche Bahn zu sein. Regelmäßige Verspätungen und Ausfälle sind der Grund hierfür. Bürger verlangen Veränderungen zu ihren Gunsten. An dem ist nichts auszusetzen, denn letzten Endes wollen alle das Beste für sich selbst. Das Verlangen nach einer zweiten S-Bahn Stammstrecke in München ist präsent in den Köpfen der Bürger, jedoch macht sich auch hier Unmut breit. Das Vorhaben zieht sich zeitlich in die Länge und die Münchner wollen Ergebnisse sehen. Sie wünschen sich, dass das Vorhaben sofort in die Wege geleitet wird, vergessen dabei oft, dass ein Projekt dieser Dimension entsprechende Planungsarbeiten und Abstimmungen voraussetzt und zu koordinieren ist. In dieser Bachelorarbeit soll folgendes diskutiert werden: Wie kommunizieren die Protagonisten in der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke in München? Ziel ist herauszufinden, welchen Erfolg die Kommunizierenden mit ihrer Vorgehensweise erlangten und inwiefern eine Bürgerbeteiligung stattfand.

1.2 Vorgehensweise der Bachelorarbeit

Die vorliegende Bachelorarbeit besteht aus einem theoretisch wissenschaftlichen Teil und einer empirischen Kommunikationsanalyse.

¹ Shell Jugendstudie 2010: <http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study/2010/politics.html>, Zugriff v. 15.06.2014

In Kapitel 2 werden die Begriffe der direkten Demokratie erläutert und anhand von Beispielen dem Leser nahegebracht. Zudem wird der gesetzliche Rahmen beleuchtet. Dies wird in 2.1 allgemein für die Bundesrepublik Deutschland, in 2.2 für das Bundesland Bayern und unter 2.3 für die Kommunen ausgeführt. Die Unterschiede dieser Unterpunkte werden in 2.4 gegenübergestellt.

Kapitel 3 beschäftigt sich mit der Kommunikationsanalyse am Beispiel der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke in München. Zunächst wird in 3.1 der Begriff Kommunikation anhand der fünf Axiome von Paul Watzlawick erklärt. Der Definition von Kommunikationsanalyse (3.2) schließen sich Inhalt (3.2.1), Aufbau (3.2.2) und Zielsetzung einer solchen Analyse an. Die theoretischen Grundbausteine und Hintergründe von Kommunikationsanalysen sollen in 3.3 praktisch angewendet werden. Zunächst wird die Situation analysiert. Der IST-Zustand des S-Bahnnetzes wird in 3.3.1 geschildert. Welche Personen und Parteien bei der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke beteiligt sind wird in 3.3.2 dargelegt. Wichtig ist auch der in 3.3.3 thematisierte SOLL-Zustand dieses Vorhabens unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben. Folgend werden die Standpunkte und die Mediennutzung, die die Beteiligten für ihre Kommunikation gebrauchen, der Stadt München (3.3.4), der politischen Parteien (3.3.5), des Unternehmens Deutsche Bahn AG (3.3.6) und des Verbundes ProBahn (3.3.7) betrachtet. In 3.3.8 werden die Ergebnisse von 3.3.4 bis 3.3.7 zusammengeführt. Die Autorin dieser Bachelorarbeit hebt in diesem Unterpunkt die Konflikte der verschiedenen Standpunkte hervor und erläutert die Unterschiede der Kommunikationen durch die Medien. Wie bei der Auseinandersetzung um den Bau der zweiten S-Bahn Stammstrecke eine Bürgerbeteiligung durchgeführt wurde oder werden sollte wird in 3.4 thematisiert. In 3.5 bezieht sich die Autorin auf die Ergebnisse der Analyse, weist neutral auf Vorteile und Nachteile des Kommunikationsverhaltens der Protagonisten hin und legt Verbesserungsvorschläge dar. Daraus kann der Leser schlussfolgern, wie er in ähnlichen Situationen den eigenen Standpunkt bestmöglich kommuniziert um seine Ziele zu erreichen.

2 Bürgerbeteiligung

Die Bürger aktiv am Geschehen der Politik teilhaben zu lassen kann Bürgerbeteiligung definieren. Umfang und Durchführung sind auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene geregelt.

2.1 Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bürgerbeteiligung ist in der Bundesrepublik Deutschland (im Folgenden BRD genannt) eine Form der direkten Demokratie. Diese Herrschaftsform legt zu Grunde, dass politische Entscheidungen zwar von Behörden ausgeführt und umgesetzt werden, die Entscheidungskraft allerdings liegt beim Volk. Durch diese Aufgabenverteilung wird der Wille des Volkes in die Entscheidungen der Politik miteinbezogen und eine allgemeine Zufriedenheit gewährleistet.²

Die direkte Demokratie bedeutet demnach, dass die Bürger der BRD bei Abstimmungen Entscheidungsträger sind. Jedoch sind Direktwahlen von Repräsentanten, wie beispielsweise von Ratsmitgliedern, kein Element der direkten Demokratie. Diese Art der Volksabstimmung gehört zur repräsentativen Demokratie.³

Von Bürgerbeteiligungen ist oft die Rede, wenn es um Volksentscheide oder – begehren geht. Allerdings umfasst der Begriff „Bürgerbeteiligung“ ein weitaus größeres Spektrum als das Sammeln von Unterschriften für bzw. gegen ein Vorhaben der Regierung. Bürgerbeteiligung bedeutet, dass sich Bürgerinnen und Bürger sowohl bei Entscheidungen als auch bei Maßnahmen der Politik beteiligen.⁴

Die direkte Demokratie lässt sich in vier plebiszitäre Grundakte gliedern. Diese sind Volksbegehren, Volksentscheid, Volksinitiative und Volksbefragung.⁵

² Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/17361/direkte-demokratie>, Zugriff v. 07.06.2014

³ Vgl. Schiller, 2002, S. 11

⁴ Vgl. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Buergerbeteiligung>, Zugriff v. 07.06.2014

⁵ Vgl. Donath, 2001, S.63

Volksentscheid

Bei einem Volksentscheid wird von den Wahlberechtigten bei einer Abstimmung eine Entscheidung getroffen. Objekt der Abstimmung ist ein von den Bürgern hervorgebrachtes Gesetz oder eine Frage. Die Umsetzung obliegt letztlich bei der Regierung bzw. dem Parlament.⁶

Volksbegehren

Bei dem Volksbegehren beantragt das Volk bei dem Gesetzgeber einen Volksentscheid oder fordert ihn zur Beschließung eines Vorhabens auf.⁷

Für die BRD ist kein Gesetz speziell für Volksentscheide und Volksbegehren verfasst. Lediglich Art. 29 GG Abs. 2 ff. befasst sich damit. Allerdings handelt Art. 29 GG von der Neugliederung des Bundesgebiets. Volksentscheide und –begehren werden demnach im Grundgesetz ausschließlich für diesen Sachverhalt geregelt. Ausführlich werden diese Elemente der Bürgerbeteiligung in Länderverfassungen behandelt. Diese werden im Verlauf dieser Arbeit am Beispiel Bayern in Kapitel 2.2 genauer analysiert.⁸

Volksinitiative

Die Volksinitiative beschreibt einen Antrag, der vom Volk an das Parlament gestellt wird. Dieser Antrag verlangt vom Parlament, dass es sich mit einer vom Volk problematisierten Angelegenheit auseinandersetzen muss, sofern die Zuständigkeit gegeben ist. Das Parlament kann allerdings bei der Volksinitiative freie Entscheidungen treffen.⁹

⁶ Vgl. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/volksabstimmung.html?referenceKeywordName=Volksentscheid>, Zugriff v. 07.06.2014

⁷ Vgl. www.wirtschaftslexikon.gabler.de, Zugriff v. 07.06.2014

⁸ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 29 Absatz 2 ff.

⁹ Vgl. Donath, 2001, S.63

Volksbefragung

Volksbefragungen werden bei wichtigen Fragen verwendet, um von den Wahlberechtigten einen Ratschlag zu erfahren und deren Meinung zu erfragen. Das Resultat der Volksbefragung bindet den Gesetzgeber nicht in seiner Entscheidung.¹⁰

Diese vier plebiszitären Grundakte sind folglich darauf ausgerichtet in der BRD einheitlich verwendet werden zu können. Außer Volksentscheid und –begehren werden die Begriffe Bürgerentscheid und Bürgerbegehren häufig gebraucht. Die Hintergründe dieser beiden Varianten sind vor allem von den plebiszitären Grundakten zu unterscheiden, da sie sich auf eine kommunale Reichweite beschränken.

Bürgerentscheid

Bei Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren werden ausschließlich Sachgegenstände in Selbstverwaltungsangelegenheit der Kommunen thematisiert.¹¹

Ein Bürgerentscheid ist eine Abstimmung auf kommunaler Ebene. Alle betroffenen Wahlberechtigten können eine Entscheidung gegen das Vorhaben der gewählten Volksvertreter, wie beispielsweise von Kreistagsabgeordneten, treffen.¹²

Bürgerentscheide sind gesetzlich in den Länderverfassungen festgehalten. Dies wird in Kapitel 2.2 dieser Arbeit thematisiert.

Bürgerbegehren

Das Bürgerbegehren hingegen ist ein Antrag auf einen Bürgerentscheid. Die Bürger können hierbei gegen das Begehren der gewählten Volksvertreter Diskussionen und Abstimmungen hervorbringen.¹³

Gleich dem Bürgerentscheid wird der gesetzliche Rahmen von Bürgerbegehren in dieser Arbeit unter dem Kapitel 2.2 betrachtet, da das Gesetz dies nur in den Länderverfassungen regelt.

¹⁰ Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18431/volksabstimmung-volksbefragung-volksbegehren>, Zugriff v. 08.06.2014

¹¹ Vgl. <http://www.anwalt24.de/rund-ums-recht/Buergerentscheid-d163909.html>, Zugriff v. 07.06.2014

¹² Vgl. www.anwalt24.de, Zugriff v. 07.06.2014

¹³ Vgl. www.anwalt24.de, Zugriff v. 07.06.2014

Neben der plebiszitären Grundakte können auch dialogorientierte Verfahren für eine Bürgerbeteiligung verwendet werden. Hierbei handelt es sich um ein Zusammentreffen von Bürgern mit Entscheidungsträgern der Politik. Ein Moderator führt durch die Diskussionsrunde an der auch Experten zu dem aktuellen Thema Stellung beziehen. Die jeweiligen Standpunkte werden diskutiert und akzeptiert. Im Anschluss wird versucht, durch Kompromisse eine Entscheidung über das Thematisierte zu treffen. Durch dieses Verfahren soll vor allem bei großen Interessenskonflikten der Bürger partizipieren. Dadurch erlangt die Politik neben der Lösungsfindung eine Nahebringung politischer Fragen an das Volk. Durch die aktive Beteiligung soll die Akzeptanz und Zufriedenheit bei Vorhaben der Regierung bedeutend gehoben werden.¹⁴

Für Bürgerbeteiligungen ist ein frühzeitiger Beginn des Verfahrens wichtig. Werden vorerst interne Beratungen und Beschlüsse durchgeführt, müssen die Entscheidungsträger ihre Entscheidung vor den Bürgern rechtfertigen. Das birgt Reibungspunkte. Werden die Bürger hingegen bereits bei der Ideensammlung miteinbezogen, lassen sich Konfliktpotentiale abschwächen oder vermeiden. Durch Gespräche zwischen Entscheidungsträgern und der Bürgerschaft und daraus resultierenden Ergebnissen, ist eine Kooperation bei der Lösungsfindung möglich. Durch die mögliche Mitgestaltung der politischen und gesellschaftlichen Situation wird die Zufriedenheit der Bürger gesteigert.¹⁵

2.2 Bürgerbeteiligung im Bundesland Bayern

In den Bundesländern der BRD gibt es differierende Vorschriften zu Bürgerbeteiligungen. Beispielsweise darf in Hessen als einzigem Bundesland kein Volksbegehren zu Verfassungsfragen durchgeführt werden.¹⁶

In der folgenden Tabelle sind die unterschiedlichen Quoren und Fristen der Bundesländer von Volksinitiativen über ein Volksbegehren zu einer Volksentscheid deutlich zu erkennen.

¹⁴ Vgl. Nanz/Fritzsche, 2012, S. 11

¹⁵ Vgl. Klages/Vetter, 2013, S. 66f.

¹⁶ Vgl. http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksbegehrensbericht_2013.pdf, Zugriff v.

16.06.2014

Bundesland	Volksbegehren		Volksentscheid	
	Unterschriften-quorum	Eintragsfrist Amt (A) o. freie Sammlung (F) ^a	Zustimmungs-quorum einf. Gesetz	Zustimmungs-quorum Verf.änderung
Baden-Württemberg	16,6 %	14 Tage (A)	33 %	50 %
Bayern	10 %	14 Tage (A)	kein Quorum	25 %
Berlin	7 % / 20 % ^b	4 Monate (F und A)	25 %	50 % + 2/3-Mehrheit
Brandenburg	ca. 3,9 %	6 Monate (A, Briefeintragung)	25 %	50 % + 2/3-Mehrheit
Bremen	5 % / 10 % ^b	3 Monate (F)	20 %	40 %
Hamburg	5 %	21 Tage (F und A, Briefeintragung)	kein Quorum / 20 % ^c	kein Quorum / 2/3-Mehrheit ^c
Hessen	20 %	2 Monate (A)	kein Quorum	nicht möglich
Mecklenburg-Vorpommern	ca. 8,9 %	keine Frist (F) ^d	33 %	50 % + 2/3-Mehrheit
Niedersachsen	10 %	min. 6 Monate (F) ^e	25 %	50 %
Nordrhein-Westfalen	8 %	1 Jahr (F) u. innerhalb d. ersten 18 Wochen (A)	15 %	50 % Beteiligungsquorum + 2/3-Mehrheit
Rheinland-Pfalz	ca. 9,7 %	2 Monate (A)	25 % Beteiligungsquorum	50 %
Saarland	7 %	3 Monate (A)	25 %	50 % Beteiligungsquorum + 2/3-Mehrheit
Sachsen	ca. 13,2 %	8 Monate (F)	kein Quorum	50 %
Sachsen-Anhalt	11 %	6 Monate (F)	25 % ^f	50 % + 2/3-Mehrheit
Schleswig-Holstein	5 %	6 Monate (A) ^g	25 %	50 % + 2/3-Mehrheit
Thüringen	10 % (F) 8 % (A)	4 Monate (F) 2 Monate (A)	25 %	40 %

Tabelle 1: Quoren und Fristen der Bundesländer bei direkter Demokratie, Stand vom 31.12.2013

Quelle: In Anlehnung an: MEHR DEMOKRATIE: Volksbegehrensbericht 2013, Frank Rehmet, Berlin 2013, http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksbegehrensbericht_2013.pdf, Zugriff vom 16.06.2014

Neben der oben genannten Ausnahme in Hessen ist aus der Tabelle zu erkennen, dass sich vor allem die Eintragsfristen von Volksbegehren von Bundesland zu Bundesland stark unterscheiden. Während die amtliche Eintragsfrist in Schleswig-

Holstein 6 Monate beträgt, ist die Eintragsfrist für die Bürger in Baden-Württemberg und Bayern 14 Tage. Allerdings gibt es in Bayern ein Zustimmungsquorum bei einer Verfassungsänderung von 25 Prozent. Die meisten Länder setzen hier eine Zustimmung von 50 Prozent voraus.

In der Verfassung des Freistaats Bayern ist nicht nur festgehalten, dass nach Artikel 2 der Bayerischen Verfassung das Volk die Staatsgewalt trägt und für seine Absichten wählen und abstimmen darf.¹⁷

Zusätzlich ist das Verfahren von Volksentscheiden und –begehren in Artikel 74 der Bayerischen Verfassung geregelt. Demnach ist die Regierung dazu verpflichtet einen Volksentscheid zuzulassen, wenn 10 Prozent der Wahlberechtigten einen Antrag dafür mit ihrer Unterschrift unterstützen – wie in Tabelle 1 dargestellt ist.¹⁸

Aus der nachfolgenden Tabelle kann entnommen werden, dass diese gesetzlichen Regelungen des Landes Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern gute Voraussetzungen für Bürgerbeteiligungen in der direkten Demokratie sind.

¹⁷ Vgl. Verfassung des Freistaats Bayern, Artikel 2 Absatz 1f.

¹⁸ Vgl. Verfassung des Freistaats Bayern, Artikel 74 Absatz 1

Platz	Bundesland	Note gesamt	Platz im 3. Ranking	Veränderung zur Note 2010
1	Hamburg	gut (2,15)	1	-0,25
2	Bayern	gut (2,35)	3	+0,2
3	Bremen	befriedigend (2,55)	5	+0,7
4-5	Schleswig-Holstein	befriedigend (2,9)	7-8	+0,65
4-5	Thüringen	befriedigend (2,9)	4	-
6	Berlin	befriedigend (3,0)	2	-0,7
7	Nordrhein-Westfalen	befriedigend (3,1)	6	+0,35
8	Sachsen	ausreichend (3,65)	7-8	-0,1
9	Rheinland-Pfalz	ausreichend (4,0)	9	-0,1
10	Hessen	ausreichend (4,1)	10	-0,1
11	Brandenburg	ausreichend (4,2)	12-13	+0,1
12	Mecklenburg-Vorpommern	ausreichend (4,25)	11	-
13	Niedersachsen	ausreichend (4,3)	12-13	-
14	Sachsen-Anhalt	ausreichend (4,4)	14	-
15	Saarland	mangelhaft (4,85)	16	+0,65
16	Baden-Württemberg	mangelhaft (4,9)	15	-

Tabelle 2: Ranking der gesetzlichen Regelungen der direkten Demokratie

Quelle: In Anlehnung an: MEHR DEMOKRATIE: Volksentscheids-Ranking 2013, Frank Rehmet/ Tim Weber, Berlin 2013, http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksentscheids-ranking_2013.pdf, Zugriff vom 16.06.2014

Die Gesamtnote „gut“ für Bayern ergibt sich durch wenig Fristen und einen eingeschränkten Themenausschluss. Zwar werden Themen zum Haushalt und grundsätzliche Widersprüche gegen die Verfassung für Bürgerbeteiligungen nicht übernommen, das Spektrum der Möglichkeiten für Bürger sich zu beteiligen, ist dagegen auf kommunaler Ebene in Bayern sehr breit.¹⁹

Die kommunale Bürgerbeteiligung wird in 2.3 aufgegriffen.

Die guten Vorgaben des Bundeslands Bayern für eine Bürgerbeteiligung – wie im Ranking zu sehen - sind Voraussetzung dafür, dass die Bürgerbeteiligung in Bayern einen hohen Zuspruch erfährt.

¹⁹ Vgl. www.mehr-demokratie.de, Zugriff v. 16.06.2014

So fanden bisher 40 Prozent aller in der BRD durchgeführten Verfahren in Bayern statt.²⁰

Ein Beispiel für eine bayernweite Bürgerbeteiligung ist das von den Freien Wählern (im Folgenden FW genannt) initiierte Volksbegehren zum neunjährigen Gymnasium. Vor zehn Jahren hat Dr. Edmund Stoiber das G8 - das achtjährige Gymnasium – in Bayern eingeführt. Bei der Durchsetzung seines Vorhabens verspürte der damalige Ministerpräsident viel Widerspruch. Heute wollen Lehrer, Eltern und Schüler, dass es die Möglichkeit gibt selbst zu entscheiden, ob das Gymnasium regulär in acht oder neun Jahren durchlaufen werden soll und die die Schüler künftig selbst zwischen dem G8 oder dem G9 wählen können. Zu diesem Zweck soll das Volksbegehren "Mehr Zeit zum Lernen - Mehr Zeit zum Leben! Neunjähriges Gymnasium als Alternative anbieten." Eine Entscheidung hervorrufen. Bürger können sich vom 3. Juli bis 16. Juli 2014 in ihren Gemeinden eintragen und somit an dem Volksbegehren teilnehmen.²¹

2.3 Bürgerbeteiligung in Kommunen

Das Grundgesetz der BRD besagt in Artikel 28 Absatz 2, dass die Gemeinden die Gesetze selbst verwalten und die Verantwortung für die Finanzen selbst tragen.²²

In der Politik auf kommunaler Ebene ist Bürgerbeteiligung sehr bedeutend, denn in Städten und Gemeinden sind die Bürger die Hauptakteure. Aus diesem Grund ist seit 1990 das Mitwirken von Bürgern in den Gemeindeordnungen gesetzlich geregelt.²³

Die Bereitschaft der Bürger sich zu beteiligen liegt bei fast 80 Prozent auf Kommunal-ebene.²⁴

Um die vorhandene Bereitschaft in ein aktives Handeln zu übertragen, muss von den Gemeinden ein Aktionsradius zur Verfügung gestellt werden, in dem die Bürger sich an der Politik beteiligen und die Kommunen aktiv mitgestalten können. Hier ist der frühzeitige Einbezug der Bürger entscheidend. Vorab müssen die Entscheidungsträger der Gemeinden festlegen, in welchem Ausmaß die Ergebnisse des bürgerschaftlichen Mitwirkens die endgültigen Entscheidungen beeinflussen sollen. Eine Zusammenarbeit

²⁰ Vgl. <http://www.taz.de/!101074/>, Zugriff v. 16.06.2014

²¹ Vgl. <http://www.volksbegehren-g9.de/volksbegehren.html>, Zugriff v. 16.06.2014

²² Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 28 Absatz 2

²³ Vgl. http://www.stiftungaktuell.de/files/sr103_angewandte_b_rgerbeteiligung.pdf#page=21, Zugriff v. 17.06.2014

²⁴ Vgl. Klages/Vetter, 2013, S. 36

zwischen Kommune und Bürger in der Prioritätenfestlegung und Zielsetzung gewährleistet ein rechtzeitiges Erkennen von Konfliktpotentialen. Sind Konflikte auf Grund von mangelnder Einbindung der Bürger bereits entstanden, ist es zeitaufwendig die Differenzen im Nachhinein beizulegen. Demzufolge ist während des gesamten Prozesses eine transparente Kommunikation seitens der Kommune notwendig. Der rechtliche und politische Rahmen des Projekts muss jedem vertraut und verlässlich sein. In der Kommunalpolitik ist Transparenz bei der Zieldefinition, dem strategischen Ausrichten von Entscheidungen und der Kommunikation erforderlich. Die Struktur des Prozesses ist bedeutend. So kann beantwortet werden, was passieren soll, welche Optionen es in den Vorhaben gibt und wie diese dargestellt werden. Dies wird begleitet von Sachwissen, Interessensabgleich, der Gegenüberstellen von Pro und Contra eines Vorhabens und Vorschlägen für annehmbare Lösungen. Die Kommunikation sollte zudem so ausgerichtet sein, dass sich die Bürger zu jeder Zeit Informationen über den aktuellen Stand des Verfahrens einholen können. Durch das Offenlegen treten die Kommunen den Bürgern glaubwürdig und vertrauenswürdig gegenüber. Die Kommunikation ist am besten mit einem projektbezogenen, zielgruppenorientierten Mix aus Medien umzusetzen. Hierfür stehen den Kommunen Soziale Netzwerke, das Internet, sowie Printmedien und direkte Gespräche zur Verfügung. Trotz einer ausgereiften Kommunikation und einem strategischen Vorgehen sind Konflikte nicht auszuschließen, können aber schneller erkannt, verstanden und möglicherweise beigelegt werden.²⁵

Bürgerbeteiligung in München

Als eine Form der Partizipation können die Bürger der bayerischen Gemeinden, demnach auch Münchens Bürger, mit Hilfe von Bürgerbegehren und –entscheiden Vorhaben regeln.²⁶

Das Baureferat der Landeshauptstadt München betreibt seit 1995 Bürgerbeteiligung für Entscheidungen beim Bau von öffentlichen Einrichtungen und Plätzen. Durch das Anbieten von verschiedenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung wie Informationsveranstaltungen, Diskussionen und Gesprächen sowie Workshops fällt es den Münchnern leichter, Umgestaltungen und Baumaßnahmen in der Stadt zu akzeptieren. Die geschaffene Zufriedenheit ist nicht das einzige Ziel, das durch Bürgerbeteiligung erreicht

²⁵ Vgl. http://www.stiftungaktuell.de/files/sr103_angewandte_b_rgerbeteiligung.pdf#page=24, Zugriff v. 18.06.2014

²⁶ Vgl. Verfassung des Freistaats Bayern, Artikel 12 Absatz 3

werden soll. Das Baureferat hat die Erfahrung gemacht, dass die Bürger sich durch die Partizipation nachhaltig für das Geschaffene engagieren.²⁷

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt hat mit dem Online-Portal „muenchen-mitdenken.de“ ein Pilotprojekt gestartet, bei dem sich alle Bürger aktiv für ihre Stadt engagieren können. München MitDenken bietet eine Plattform für Informationen zu allen großen aktuellen Vorhaben, auf der Betroffene direkt abstimmen oder zur jeweiligen Projektstelle geleitet werden können. Außerdem sind alle Projekte in München auf einen Blick auf einer Landkarte - wie sie in Abbildung 1 zu sehen ist - zu finden. Durch dieses Angebot können die Bürger sofort erkennen, an welchen Vorhaben in ihrer umliegenden Umgebung sie sich beteiligen können.²⁸

Die Projekte im Überblick



Abbildung 1: MitDenken: Münchens Projekte im Überblick auf dem Online-Portal muenchen-mitdenken.de

Quelle: In Anlehnung an: MITDEKEN: Gemeinsam die Stadt verändern, Herausgegeben von LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN - REFERAT FÜR STADTPLANUNG UND BAUORDNUNG, <http://muenchen-mitdenken.de/>, Zugriff vom 18.06.2014

²⁷ Vgl. <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/baureferat/buergerschaftliches-engagement/buergerbeteiligung.html>, Zugriff v. 18.06.2014

²⁸ Vgl. <http://muenchen-mitdenken.de/>, Zugriff v. 18.06.2014

2.4 Vergleich der Bürgerbeteiligung im Bund und in Kommunen

Offensichtlich sind Bürgerbeteiligungen in den Bundesländern und Kommunen genau geregelt. Für die BRD jedoch fehlen Aktionsräume und Gesetze.

Die folgende Statistik zeigt, dass mit 76 Prozent ein Großteil der Bevölkerung für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene ist:

Sind Sie für oder gegen die Einführung von Volksentscheiden auch auf Bundesebene?

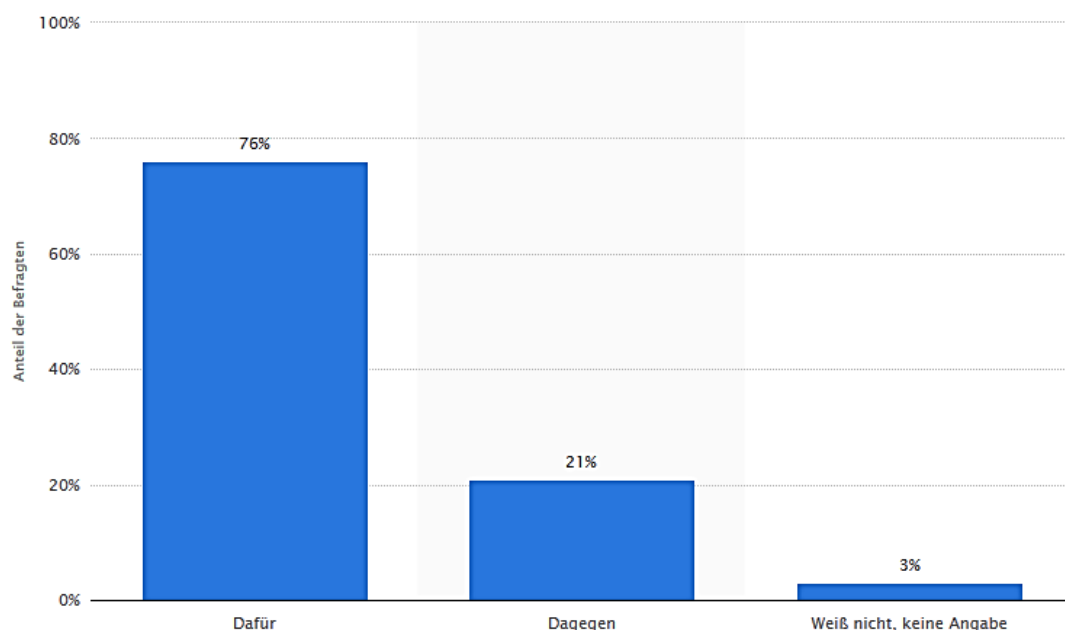


Abbildung 2: Umfrage zur Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene

Quelle: In Anlehnung an: STATISTA: Das Statistik-Portal: Umfrage- Volksentscheid auf Bundesebene, 2014, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/161726/umfrage/meinung-der-deutschen-zum-volksentscheid-auf-bundesebene/>, Zugriff vom 15.06.2014

Es zeigt sich, dass man die Bereitschaft, die bei 76 Prozent der Bevölkerung vorhanden ist, in eine konkrete Beteiligung umwandeln, nicht nur Impulse von der Regierung gegeben werden müssen, sondern vor allem Möglichkeiten zum Mitwirken.

Es stellt sich somit die Frage, weshalb hierfür keine Bundesgesetzte zu Bürgerentscheide – und Begehren existieren. Laut einer von Klages analysierten Umfrage hat der Bund aus Sicht der Bürger einen größeren Einfluss auf Lebensbedingungen als

regionale oder lokale Behörden. Andererseits ist hervorzuheben, dass der Anteil an Befragten, die den größeren Einfluss auf regionaler und lokaler Ebene sehen, mit durchschnittlich 35 Prozent erheblich ist. Damit erklärt sich, dass die Anteilnahme bei kommunaler Bürgerbeteiligung dementsprechend hoch ist.²⁹

Wenn Kommunen und Länder das Internet für ein Mitwirken an politischen Verfahren mit Erfolg öffnen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Bundesbürger das World-Wide-Web für bundesweite Belange nutzen. Diesbezüglich ist es unabdinglich, dass die Bundesregierung sich damit befasst, diese Initiativen im Voraus gesetzlich zu planen und Art. 29 GG³⁰ mit aktuellen Vorschriften zur Bürgerbeteiligung zu ergänzen

²⁹ Vgl. Klages/Vetter, 2013, S. 26f.

³⁰ Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 29

3 Kommunikationsanalyse am Fallbeispiel der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke in München

Um die Kommunikationsanalyse am Fallbeispiel zu vollziehen, müssen vorab grundlegende Begriffe und Abläufe festgelegt werden.

3.1 Begriffsdefinition von Kommunikation

Kommunikation ist der Prozess, bei dem ein Sender Nachrichten an einen oder mehrere Empfänger überträgt.³¹

Paul Watzlawick erklärt in fünf Grundregeln Kommunikation wie folgt:

Mit seinem ersten Axiom **„Man kann nicht nicht kommunizieren“** gibt Watzlawick zu verstehen, dass nicht nur die direkte Kommunikation auf einen Empfänger wirkt. Ebenso werden Signale übermittelt, wenn eine Kommunikation umgangen wird.³²

„Jede Kommunikation hat einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt“ ist die zweite Grundregel. Zielt der Inhaltsaspekt auf die Vermittlung von Informationen ab, schließt der Beziehungsaspekt die persönliche, emotionale Ebene zwischen Sender und Empfänger der Information mit ein. Die Information begleitet immer eine Beziehungsaussage. Gestik, Mimik oder Tonfall lösen in einem persönlichen Gespräch verschiedene Zustände bei den Teilnehmern aus. Die Beziehung kann vom Empfänger dadurch positiv wie auch negativ gedeutet werden.³³

In seinem dritten Axiom **„Kommunikation ist immer Ursache und Wirkung“** zeigt Watzlawick auf, dass die Signale der Akteure den Ablauf der Kommunikation bestimmen. Sobald ein Signal gesendet wird, reagiert der Gegenüber darauf mit einem weiteren Signal. Hierbei werden sowohl ausgesprochene Informationen als auch gestische

³¹ Vgl. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kommunikation.html>, Zugriff v. 19.6.2014

³² Vgl. <http://www.paulwatzlawick.de/axiome.html>, Zugriff v. 20.06.2014

³³ Vgl. www.paulwatzlawick.de, Zugriff v. 20.06.2014

Reaktionen wahrgenommen. Das Ausbleiben einer Reaktion wird als Einverständnis des letzten Signals verstanden.³⁴

„Menschliche Kommunikation bedient sich analoger und digitaler Modalitäten“ bezieht sich auf die zweite Grundregel. Während die digitale Kommunikation den Inhalt, also Wissen und Logik, übermittelt, steht die analoge Kommunikation für den Beziehungsaspekt durch nonverbales agieren. Die analoge Kommunikation kann durch ihre Mehrdeutigkeit vom Gegenüber falsch interpretiert werden und zu Konflikten führen.³⁵

Die Beziehung der Kommunikationspartner beruhe auf Gleichgewicht oder Unterschiedlichkeit thematisiert Paul Watzlawick in der fünften Grundregel **„Kommunikation ist symmetrisch oder komplementär“**. Bei der symmetrischen Kommunikation besteht eine Gleichheit zwischen den Partnern bzw. versuchen sie Unterschiede zu mindern. Indes basiert ein komplementärer Ablauf auf der Unterschiedlichkeit der Partner. Dadurch interagieren die Kommunikationspartner miteinander und ergänzen sich in ihrem Verhalten.³⁶

Wie in Abbildung 3 dargestellt, wird Information – die Botschaft – über ein Medium weitergegeben.

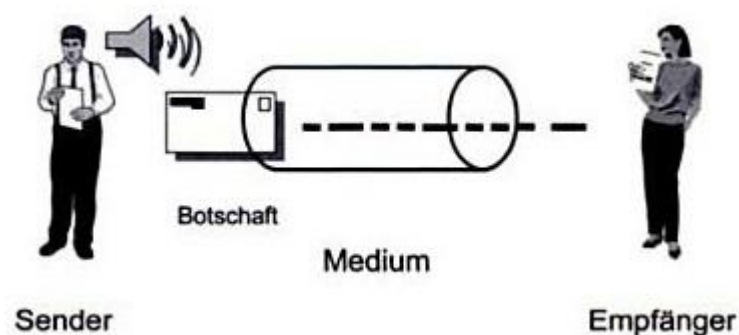


Abbildung 3: Kommunikation einer Botschaft

Quelle: <http://blogs.tu-ilmenau.de/85steffi/files/2010/12/Digitale-Kommunikation.jpg>, Zugriff v. 19.06.2014

³⁴ Vgl. www.paulwatzlawick.de, Zugriff v. 20.06.2014

³⁵ Vgl. www.paulwatzlawick.de, Zugriff v. 20.06.2014

³⁶ Vgl. www.paulwatzlawick.de, Zugriff v. 20.06.2014

Abbildung 3 spiegelt die bloße Weitergabe einer Information wider. Dies ist eine einseitige Art der Kommunikation. Hingegen bietet Kommunikation als Informationsaustausch eine Rückmeldung vom Empfänger an den Sender. Somit wird dieser ebenfalls zum Empfänger und der Austausch ist gegeben. Ob der Sender Information lediglich weitergeben oder sich darüber austauschen will, kann er durch die Wahl des Mediums, also des Kommunikationskanals, steuern. In Abbildung 4 sind die Beziehung zwischen Sender und Empfänger, der dazu geeignete Kanal, dessen Zweck und das Ziel der daraus entstehenden Kommunikation dargestellt.

Richtung	Kanäle	Zweck	Ziel
One-to-one	E-Mail, SMS/MMS, Fax, Telefon, (IM)	Individueller Informationsaustausch	Persönliche Kommunikation
One-to-many (G2C oder C2G oder C2C)	Newsletter, Mailingliste, Weblog, Webseite, Podcast, Videocast, RSS	Verbreitung von Information, Darstellung	Einweg-Information
Many-to-One (G2C und C2G oder C2G und G2C)	Umfragen, Abstimmungen, Eingaben	Direkte Artikulation oder direktes Abfragen von politischen Interessen	Information mit Rückkopplung
Many-to-Many (G2C, C2G, G2G und C2C)	Online-Konferenz, Wiki, Foren, Social Networks (Social Software)	Direkte Partizipation und Kommunikation	Mehrweg-Kommunikation (Diskurse und multiperspektivische Information)

Abbildung 4: Die Wahl eines Kommunikationskanals in Abhängigkeit der Richtung, des Zwecks und des Ziels einer Kommunikation

Quelle: E-DEMOKRATIE.ORG: Social Media und elektronische Demokratie, Christian Heise 2009, <http://www.e-demokratie.org/e-demokratie/social-media-und-elektronische-demokratie/>, Zugriff vom 20.06.2014

Die One-to-One-Kommunikation ermöglicht durch die direkte Kommunikation einen Austausch von individuellen Informationen zwischen Sender und Empfänger. Eine Rückkoppelung von Informationen wird bei Many-to-One beispielsweise mit Hilfe von Abstimmungen erzielt. Die Kanäle dieser Form finden sich häufig bei politischen Fragen. Die meisten Kommunikationspartner und Informationen werden bei der Many-to-Many-Kommunikation gewonnen. Das Internet bietet mit sozialen Netzwerken die Möglichkeit der direkten Kommunikation und Beteiligung.

Die Medien der One-to-Many-Kommunikation ermöglichen lediglich die Weitergabe von Informationen, weshalb diese Kommunikationsform als einzige keine Rückmeldung zulässt.

3.2 Kommunikationsanalysen

Die Aspekte des Inhalts der Kommunikation, die Formen, Funktionen, Beziehungen und Kanäle der Kommunikation werden bei der Kommunikationsanalyse untersucht. Neben diesen organisatorischen Anhaltspunkten wird bei der Analyse auch die Effizienz der Kommunikation berücksichtigt. Anhand der Ergebnisse der Untersuchung sollen Verbesserungsvorschläge gemacht werden um die Wirkung zu steigern.³⁷

3.2.1 Inhalt von Kommunikationsanalysen

Bei der Kommunikationsanalyse muss vorab eine Auswahl des Datenmaterials getroffen werden. Dieses Material muss von einer zuverlässigen Quelle stammen. Die inhaltliche Aussage ist von gleicher Bedeutung wie das Medium, über das die Kommunikation vermittelt wird.³⁸

Für die Analyse von Kommunikation ist ausschlaggebend zu wissen, was der Empfänger einer Botschaft denken und vor allem auch was er fühlen könnte. Sobald kommuniziert wird, werden die Absichten und das Auftreten des Kommunizierenden hinterfragt. In Abbildung 5 werden mit dem 4-Ohren Modell von Friedemann Schulz von Thun mögliche Gedankengänge des Empfängers deutlich aufgezeigt.

³⁷ Vgl. <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/kommunikationsanalyse/kommunikationsanalyse.htm>, Zugriff v. 21.06.2014

³⁸ Vgl. http://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/ludwig-mayerhofer/methoden/methoden_downloads/methoden_i_10.pdf, Zugriff v. 21.06.2014



Abbildung 5: Gedanken des Empfängers über den Sender einer Botschaft nach Schulz von Thun

Quelle: <http://www.nonverbal-kommunikation.de/files/2011/02/probleme-in-der-nonverbalen-kommunikation.jpg>, Zugriff vom 19.06.2014

Das 4-Ohren-Modell zeigt folgendes: „Was ist das für einer? Was ist mit ihm?“ ist die Frage, die sich der Empfänger stellt, während er versucht seinen Gegenüber als Kommunikationspartner kennenzulernen. Des Weiteren wird mit „Wie redet der eigentlich mit mir? Wen glaubt er vor sich zu haben?“ die Beziehung eingeordnet. Der Empfänger will herausfinden, in welcher Position er aus Sicht des Senders steht. Bedeutend ist auch, dass der Empfänger mit der Frage „Was ist der Sachverhalt“ die übermittelte Information versucht zu verstehen. „Was soll ich tun, fühlen auf Grund seiner Mitteilung?“ steht dafür, dass während dem Kommunikationsprozess Emotionen bei den Partnern ausgelöst werden. Diese können positive als auch negative Auswirkungen auf das Geschehen haben. Dies ist ein Grund dafür, dass den Reaktionen des Gegenübers die gleiche Aufmerksamkeit gilt wie der sachliche Informationsaustausch.

Die Wahl des Mediums einer Botschaft ist - wie bereits mit Abbildung 4 erläutert wurde - wesentlich, wenn es darum geht eine direkte Reaktion des Empfängers zu erfahren.

Der Auslöser dieser Gedankengänge und die Reaktion des Empfängers werden in der Kommunikationsanalyse betrachtet. Es wird der Vorgang ab dem Treffen einer Aussage über die Wahl des Mediums bis zur Reaktion des Empfängers der Botschaft untersucht.

3.2.2 Aufbau von Kommunikationsanalysen

Beim Aufbau der Kommunikationsanalyse hat sich die Autorin dieser Bachelorarbeit an Vorgaben von Gesprächsanalysen orientiert.

Bei der Kommunikationsanalyse ist vor allem die Beeinflussung verschiedener Gegenstände eines Kommunikationsverlaufs zu berücksichtigen.

Zunächst ist die Situation des gegebenen Sachverhalts zu betrachten, z.B. aus welcher Handlung heraus sich die Situation ergibt, die zu einer Kommunikation führt. Hier werden die äußeren Umstände wie Ort und Zeit geschildert. Den beteiligten Personen und Parteien der Kommunikation werden Rollen zugeteilt wodurch Beziehungen und gesellschaftliche Bindungen zugeordnet werden können. Ebenso wird, sofern es von Bedeutung ist, der rechtliche Rahmen geschildert. Daraufhin wird die Handlung analysiert. Der Ablauf der verschiedenen Handlungen und Aussagen der Beteiligten wird konkretisiert. Dem schließt sich die Untersuchung an, um welche Art von Kommunikation es sich handelt. In diesem Teil der Kommunikationsanalyse werden der Stil und das Medium den Aussagen zugeordnet und Beziehungen zwischen den Beteiligten erläutert. Welche Veränderungen und Verknüpfungen während der gesamten Kommunikation entstanden sind, vervollständigt die Interpretation die Analyse. Aus der Interpretationsanalyse können Schlüsse gezogen werden, aus denen Verbesserungsvorschläge für die Kommunikationspartner und deren Verhalten abgeleitet werden können.³⁹

3.2.3 Ziel von Kommunikationsanalysen

Ziel ist es durch die Analyse die Kommunikationsstruktur auszumachen. Dabei sollen der Gegenüber als einzelner oder als Gruppe besser verstanden, das Konfliktpotential verringert, Missverständnisse ausgeräumt und die Beziehungsebene sinnvoll gestärkt werden.⁴⁰

³⁹ Vgl. http://www.fachdidaktik-einecke.de/4_Literaturdidaktik/kommunikationsanalyse_methode.htm, Zugriff v. 21.06.2014

⁴⁰ Vgl. <http://www.enzyklo.de/Begriff/Kommunikationsanalyse>, Zugriff v. 21.06.2014

Es wird angestrebt, Stärken und Schwächen der gegebenen Kommunikationssituation zu finden. Die Sender-/ Empfänger-Beziehung stehen ebenso im Fokus wie die Medienwahl und die Anzahl an Informationsflüssen.⁴¹

In der Interpretationsanalyse und der Schlussfolgerung werden - wie in 3.2.2 beschrieben - die Beziehungen der Kommunikationspartner und die Veränderungen während des Prozesses erläutert und gedeutet. Die Hintergründe und Folgen davon sind herauszufinden, ebenso Lösungen und Verbesserungen auszuarbeiten. Da sich Kommunikation in Verhalten, Quantität, Qualität, durch Hinzutreten und Abgehen von teilnehmenden Personen ständig ändert, wird es keine statische Beschreibung der Kommunikationsanalyse bzw. ein allgemeingültiges Modell hierzu geben können, das die Dynamik eines Kommunikationsprozesses punktuell abbildet. Es kann nur ein Prozess im Prozess und somit eine Basisanalyse sein.

3.3 Kommunikationsanalyse der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke in München

Die S-Bahnstrecke in München ist mit 30 Zügen pro Richtung und Stunde die Eisenbahnstrecke mit der größten Zugdichte Europas. Die dynamische Entwicklung des Großraums Münchens mit einem einhergehenden höheren Verkehrsaufkommen und gleichzeitig die stärkere Forderung nach umweltfreundlichen Verkehrsmitteln führen zu einer steigenden Nachfrage im öffentlichen Personennahverkehr. Die Landeshauptstadt diskutiert und plant verschiedene infrastrukturelle Projekte, um dem erhöhten Verkehrsaufkommen gerecht zu werden. Die Forderung nach einem Ausbau der S-Bahn mit einem zweiten Stammstreckentunnel ist schließlich nur konsequent.⁴²

⁴¹ Vgl. <http://www.online-artikel.de/article/kommunikationsanalyse-115435-1.html>, Zugriff v. 21.06.2014

⁴² Vgl. http://www.s-bahn-muenchen.de/s_muenchen/view/wir/historie.shtml, Zugriff v. 22.06.2014

3.3.1 IST-Zustand der S-Bahn in München

Der Verbundraum des am 28. Mai 1972⁴³ gegründeten Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds (im Folgenden MVV genannt) schließt neben der Landeshauptstadt München weitere 174 Gemeinden ein, welche im Jahr 2012 gemeinsam 2,778 Millionen Einwohner zählen – mit steigender Tendenz.⁴⁴

Dementsprechend erhöht sich die Auslastung des MVV seit dem Jahr 2008 stetig. Sind es im Jahr 2008 - wie Abbildung 6 zeigt – noch 6.271,65 Millionen Personenkilometer, ist die Zahl im Jahr 2012 bereits auf 6.712,04 Millionen Personenkilometer angestiegen. Geht man von einer konstanten Steigerungsrate aus und rechnet die Zahlen von 2012 auf das Jahr 2014 hoch, steigern sich die Personenkilometer, die im MVV gefahren werden, auf bis zu 6.800 Millionen.

⁴³ Vgl. <http://www.mvv-muenchen.de/de/der-mvv/verbundgeschichte/chronik/index.html>, Zugriff v. 22.06.2014

⁴⁴ Vgl. <http://www.mvv-muenchen.de/de/der-mvv/mvv-in-zahlen/index.html>, Zugriff v. 22.06.2014

Beförderungsleistung des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) in den Jahren 2008 bis 2012 (in Millionen Personenkilometer)

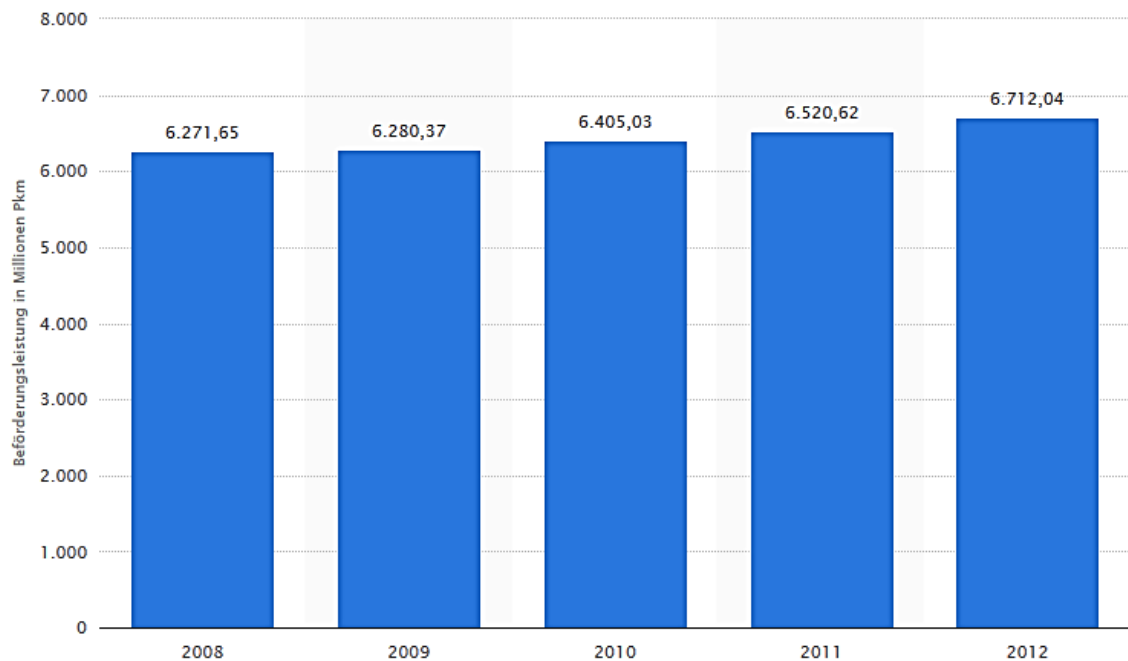


Abbildung 6: Beförderungsleistung des MVV von 2008 bis 2012

Quelle: In Anlehnung an: STATISTA: Das Statistik-Portal: MVV-Beförderungsleistung bis 2012, 2014, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/28395/umfrage/befoerederungsleistung-des-mvv/>, Zugriff vom 22.06.2014

Nicht nur die Personenkilometer nehmen stetig zu, auch die Fahrgastzahlen haben sich im Jahr 2012 um +2,72 Prozent auf 662,77 Millionen Personen erhöht.⁴⁵

Diese Auslastung der Personenbeförderung trifft auf den Einsatz von 244 S-Bahnzügen und 576 U-Bahnzügen.⁴⁶

Demnach verteilen sich im Jahr 2012 662,77 Millionen Personen auf 820 S- und U-Bahnzüge des MVV.

⁴⁵ Vgl. www.mvv-muenchen.de, Zugriff v. 22.06.2014

⁴⁶ Vgl. www.mvv-muenchen.de, Zugriff v. 22.06.2014

Allein an Werktagen benutzen über 800.000 Personen die 1060 Zugfahrten der S-Bahn in München.⁴⁷ Inbetriebnahme der S-Bahn vor 40 Jahren wurde mit 250.000 Fahrgästen ja Werktag gerechnet. Die heutigen Fahrgastzahlen entsprechen dem Dreifachen der Ursprungplanung.⁴⁸

Alle S-Bahnen des MVV verkehren auf der Stammstrecke des Schnellbahnnetzes von München. In Abbildung 7 ist ein Ausschnitt des S-Bahnnetzes in München zu sehen – das gesamte S-Bahnnetz ist in den Anlagen zu finden -, auf der die derzeitige Stammstrecke abgebildet ist. Sie reicht von der Haltestelle „Pasing“ bis zu der Station „Ostbahnhof“.

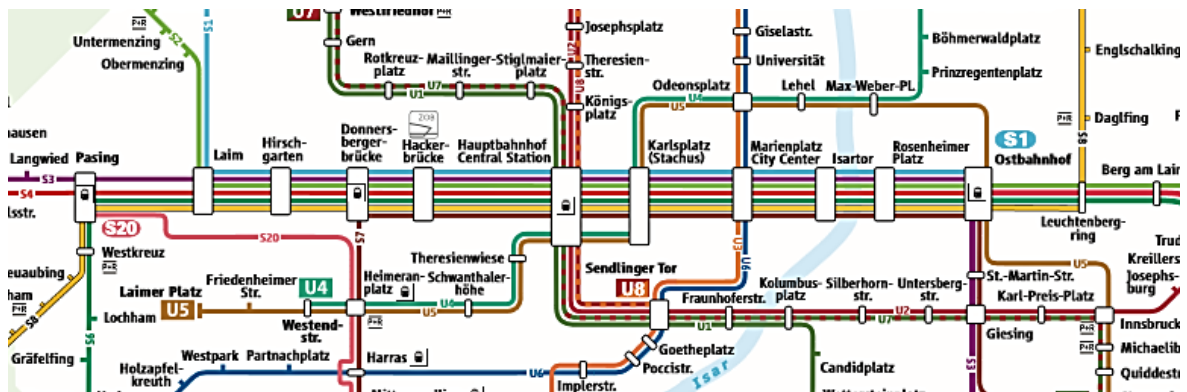


Abbildung 7: Ausschnitt der aktuellen S-Bahn Stammstrecke in München

Quelle: In Anlehnung an: S-BAHN MÜNCHEN: Schnellbahnnetzplan 2014, Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG 2014, http://www.s-bahn-muenchen.de/s_muenchen/view/mdb/s_muenchen/content/mdb_138234_schnellbahnnetz_2014_db.pdf, Zugriff vom 22.06.2014

3.3.2 Beteiligte Personen und Parteien

In der Auseinandersetzung um den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke sind verschiedene Interessensgruppen vertreten. Sie stammen aus der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft.

⁴⁷ Vgl. http://www.s-bahn-muenchen.de/s_muenchen/view/wir/daten_fakten.shtml, Zugriff v. 22.06.2014

⁴⁸ Vgl. <http://www.mvv-muenchen.de/de/der-mvv/die-mvv-gmbh/konzeption/s-bahn-planung/>, Zugriff v. 23.06.2014

Neben den Hauptakteuren der Deutschen Bahn AG (im Folgenden DB genannt) und des MVV, spielen bei diesem Projekt die politischen Parteien eine große Rolle. Die Politik der Landeshauptstadt München wird in diesem Fall von der bayerischen Regierung unterstützt. Nicht nur die Länderpolitik - wie das bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr – interessieren sich für das Vorhaben, auch auf Bundesebene wird an der Debatte teilgenommen. So sind sowohl der bayerische Verkehrsminister als auch der Bundesverkehrsminister mit an der Diskussion um die zweite S-Bahn Stammstrecke beteiligt.

Dem wirtschaftlichen Aspekt in der Auseinandersetzung räumt ebenso die Stadt München großen Raum ein. Sie vertritt jedoch auch das Interesse seiner Bürger und Bürgerinnen. Diese können sich zusätzlich in Vereinigungen wie beispielsweise ProBahn für bzw. gegen die Umsetzung des Projekts beteiligen.

3.3.3 SOLL–Zustand der zweiten S-Bahn Stammstrecke

Bereits Ende 1990 wurde diagnostiziert, dass die Stammstrecke auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens mit einem weiteren S-Bahn-Tunnel entlastet werden muss. 2002 wurde ein Innentadtunnel als zweite S-Bahn Stammstrecke für technisch machbar erklärt. Im darauf folgenden Jahr erhielt die DB nach der Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern den Auftrag Genehmigungsunterlagen zu erstellen.⁴⁹

Streckenverlauf der zweiten Stammstrecke

Zwischen den Bahnhöfen „Laim“ und „Leuchtenbergring“ sollen parallel zur bestehenden S-Bahn Stammstrecke mit einer Länge von zehn Kilometern zwei neue Gleiskörper errichtet werden. Die beiden neuen Gleise der Stammstrecke verlaufen größtenteils unterirdisch. Von „Laim“ kommend wird die Linie der zweiten Stammstrecke vor der Station „Donnersbergerbrücke“ im Tunnel geführt. Ab der Haltestelle „Leuchtenbergring“ fährt die S-Bahn wieder oberirdisch.⁵⁰

Die dichte Bebauung macht es notwendig, den Tunnel 40 Meter in der Tiefe zu errichten. Die zweite Stammstrecke wird – wie in Abbildung 8 zu erkennen - über neue Haltestellen am Hauptbahnhof, Marienhof und Ostbahnhof verfügen. Da nur diese drei

⁴⁹ Vgl. <http://www.2.stammstrecke-muenchen.de/das-projekt/situation-heute/>, Zugriff v. 23.06.2014

⁵⁰ Vgl. <http://www.2.stammstrecke-muenchen.de/das-projekt/die-2-stammstrecke/>, Zugriff v. 23.06.2014

Stationen angefahren werden, verkürzen sich die Fahrzeiten erheblich. Das Umland der Landeshauptstadt ist ebenfalls besser an die Münchner Innenstadt und den Flughafen Franz-Josef-Strauß angebunden.⁵¹



Quelle: Deutsche Bahn AG

Abbildung 8: Die neuen Stationen der zweiten S-Bahn Stammstrecke München

Quelle: 2. STAMMSTRECKE MÜNCHEN: Die 2. Stammstrecke, Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG, 2013, <http://www.2.stammstrecke-muenchen.de/das-projekt/die-2-stammstrecke/>, Zugriff vom 23.06.2014

Die rechtlichen Vorgaben zu Brandschutz- und Rettungskonzepten wurden von Fachleuten umgesetzt. Die erarbeiteten Präventivmaßnahmen verringern die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Unglücks. Diesbezüglich werden die beiden neuen Gleise in getrennten Röhren verlaufen. Sollte es trotz der Maßnahmen zu einem Brand in einem Zug kommen, dienen Feuerlöscher und Notbremsüberbrückungen zu einer wirkungsvollen Brandbekämpfung und einer Eingrenzung von negativen Folgen. Zusätzlich werden nicht nur an den Stationen Fluchtwegweiser angebracht, sondern auch in den Tunnelröhren. Um die Rettungskräfte während eines Notfalls zu unterstützen, werden in den Tunneln Vorrichtungen und nötige Einrichtungen wie beispielsweise Löschwasserleitungen und Behördenfunk angebracht.⁵²

⁵¹ Vgl. www.2.stammstrecke-muenchen.de, Zugriff v. 23.06.2014

⁵² Vgl. <http://www.2.stammstrecke-muenchen.de/das-projekt/tunnelbau/>, Zugriff v. 23.06.2014

3.3.4 Standpunkt und Mediennutzung der Stadt München

Seitens der Stadt München wurden vor allem viele finanzielle Informationen und Standpunkte von dem damaligen Oberbürgermeister Christian Ude über die Presse weitergegeben. Ude verlangt öffentlich von der Regierung, dass die Gelder, die für den Flughafen-Ausbau in München zugesprochen waren, an den Bau der zweiten S-Bahn Stammstrecke umgeleitet werden. So, meinte er, würden keine neuen Darlehen in Anspruch genommen werden müssen, da das Geld bereits vom Haushalt zugesprochen wurde.⁵³

In eigens angeordneten Pressekonferenzen macht er seinen Standpunkt, dass die Finanzierung vom Staat übernommen werden solle, klar. Dass die Stadt für die finanzielle Unterstützung vom Land „betteln“ muss, ist für Ude nicht nachvollziehbar. Letztlich ist der Ausbau der Infrastruktur nicht nur für die Stadt München von Vorteil, sondern ebenso profitieren die angrenzenden Gemeinden, die im Raum des MVV liegen, davon.⁵⁴

Mit ihrem Oberbürgermeister Christian Ude hat die Stadt München einen Vertreter, der sich um die Umsetzung vor allem auf politischer Ebene sorgt. Es ist wichtig, dass die Gelder, die für ein Projekt benötigt werden, vorhanden sind. Dies vermittelt Ude auch seinen Bürgern in München. Die einfache Informationsweitergabe, die Ude betreibt, bietet seinen Bürgern nur wenig Raum zur Beteiligung. Er reduziert einen erfolgreichen Abschluss des Projektes auf die Bereitstellung der finanziellen Mittel durch Bund und Land. Er nutzt augenscheinlich nur die Richtung One-to-Many, um seine Informationen zu verbreiten. Stimmen direkt Betroffener, z.B. solcher, die durch die jahrelangen Baumaßnahmen in ihrer Geschäftstätigkeit, ihrem Lebensraum eingeschränkt würden, sich eventuell um ihre Existenz sorgen müssten, kommen bei ihm nicht zum Gehör. Eine durch Dialog geprägte Kommunikation konnte nicht gefunden werden.

Auf der offiziellen Internetseite der Stadt München gibt es außer veröffentlichten Pressemitteilungen und wenigen sachlichen Artikeln keine Anlaufstelle für Bürger, bei der Informationen zum Planungsprozess bzw. zu möglichen Beteiligungen gegeben werden. Unter den Rubriken „Bahn“ und „Öffentlicher Nahverkehr“ gibt es keine Hinweise auf den Bau einer zweiten S-Bahn Stammstrecke. Gibt man in der Suchmaschine des

⁵³ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/debatte-um-s-bahn-tunnel-bahn-chef-zweite-roehre-muss-kommen-1.1500150>, Zugriff v. 09.06.2014

⁵⁴ Vgl. <http://www.merkur-online.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/streit-ueber-stammstrecke-eskaliert-mm-1510922.html>, Zugriff v. 09.06.2014

Online-Portals „2. Stammstrecke“ ein, so erhält man externe Links zu den Seiten der DB und des MVV.⁵⁵

3.3.5 Standpunkte und Mediennutzung der politischen Parteien

CSU

Der Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) äußert sich in der Presse positiv gestimmt gegenüber dem Projekt des Baus einer zweiten S-Bahn Stammstrecke in München. Für Dobrindt hat das Vorhaben eine hohe Priorität, da ein weiterer Ausbau der Infrastruktur den wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland sichern kann. Innenminister Joachim Herrmann, ebenfalls Mitglied der CSU, ist ebenso Befürworter des Projekts, jedoch steht für ihn fest, dass zu hohe Kosten einen Ausstieg aus dem Projekt bedeuten.⁵⁶

Die Ungewissheit über die tatsächlichen Kosten missfallen Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU). Im Gespräch mit der Presse verdeutlicht er, dass er schon zu Beginn des Planungsprozesses von der DB einen Kostenplan verlangte. Ständige Abweichungen und Erhöhungen der Ausgaben will Seehofer erklärt haben.⁵⁷

Später äußert sich Seehofer in Bezug auf die Kosten des Projekts nicht mehr. Für ihn liegt die Verantwortung hauptsächlich bei Dobrindt.⁵⁸

FDP

Der bis 2013 amtierende Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) verlangt laut Presseberichten, dass sich die Stadt München an der Vorfinanzierung des Vorhabens beteilige. Ohne den Beitrag aller Beteiligten sei für ihn das Projekt einer zweiten S-Bahn Stamm-

⁵⁵ Vgl. <http://www.muenchen.de/>, Zugriff v. 23.06.2014

⁵⁶ Vgl. Münchner Merkur, 3./4. Mai 2014

⁵⁷ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/bau-der-zweiten-stammstrecke-in-muenchen-seehofer-setzt-der-bahn-ein-ultimatum-1.1565061>, Zugriff v. 09.06.2014

⁵⁸ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/zweite-stammstrecke-in-muenchen-bauen-oder-beerdigen-1.1930477>, Zugriff v. 09.06.2014

strecke in München nichtig. Originäre Zuständigkeiten spielen für Zeil hierbei keine Rolle.⁵⁹

Im Rathaus der Landeshauptstadt München ist die FDP gegen den Bau der zweiten S-Bahn Stammstrecke. Sie fordern im Gegenzug ein Konzept, welches geringere Maßnahmen erfordert wie beispielsweise die Verlängerungen von U-Bahnlinien. Mit diesem Vorgehen spricht sich die FDP im Stadtrat gegen die eigene Partei in der Staatsregierung aus. Zwar hinterfragt Zeil das Geschehen des Projekts und fordert finanzielle Beteiligungen der Stadt München, jedoch ist er generell für den Bau und unterstützt Ude dabei.⁶⁰

Zeil ist sogar derart positiv gestimmt, dass er im Jahr 2012 mit einem Baubeginn im Jahr 2013 rechnete.⁶¹ Dies ist offensichtlich nicht geschehen.

Freie Wähler

Zwar äußern sich die Mitglieder und Vorstände der FW öffentlich nur sehr selten zu dem Geschehen, allerdings vertreten sie ihren Standpunkt eindeutig: Sie sind gegen die zweite S-Bahn Stammstrecke. Die FW haben der Presse gegenüber schon früh klar gemacht, dass die Kosten höher sein werden, als bis zu dem Zeitpunkt angenommen. Durch die stetig steigenden Kosten wurden sie in ihrer Annahme bestätigt. Die FW werfen dem Staat eine zu geringe Transparenz den Bürgern gegenüber vor.⁶²

Die Grünen

Das Verhalten der Grünen ähnelt dem der FW. Sie halten sich zurück, machen aber deutlich, dass sie gegen das Vorhaben sind. Wie auch die FW schätzen sie die Kosten als sehr viel größer ein, als es die DB kalkuliert hat.⁶³

⁵⁹ Vgl. <http://www.tz.de/muenchen/stadt/stammstrecke-zeil-ultimatum-stadt-1509132.html>, Zugriff v. 09.06.2014

⁶⁰ Vgl. <http://www.merkur-online.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/streit-s-bahn-rathaus-fdp-attackiert-minister-zeil-653706.html>, Zugriff v. 09.06.2014

⁶¹ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/zweiter-s-bahn-tunnel-zeil-rechnet-fest-mit-bau-der-stammstrecke-1.1415063>, Zugriff v. 09.06.2014

⁶² Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/zweite-stammstrecke-in-muenchen-seehofer-warnt-vor-einem-finanzgrab-1.1928961>, Zugriff v. 09.06.2014

⁶³ Vgl. Münchner Merkur, 3./4. Mai 2014

Der Landtagsabgeordnete Thomas Mütze (Grüne) ist sich sicher, dass das Projekt ins Negative kippen wird.⁶⁴

Allgemein ist die politische Lage auf allen Ebenen in der Auseinandersetzung um den Bau der zweiten S-Bahn Stammstrecke in München eine sachliche Informationsweitergabe. Wie Ude benutzen die Vertreter der Parteien eine One-to-Many Kommunikation, bei der ein direkter Austausch nicht möglich ist. Ein Großteil der Kommunikation verläuft über die Presse. Zusätzlich werden auf den Internetseiten der Parteien und der Politikebenen, wie beispielsweise auf der Internetseite des Bundestags <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a15/>, Berichterstattungen abgegeben. Übergreifende Informationen erhalten die Bürger aber auch hier nicht. Auf der Seite der bayerischen Staatsministeriums des Innern, Bau und Verkehr sind neben archivierten Pressemitteilungen unter der Rubrik „Verkehr und Mobilität“ die Hintergründe der zweiten S-Bahn Stammstrecke geschildert.

3.3.6 Standpunkte und Mediennutzung der DB

Die Vertreter der DB kommunizieren wie auch die Politiker über die Presse mit den Bürgern. Hierbei werden meist nur Informationen weitergegeben. Den größeren Aufwand betreibt DB dabei, direkten Kontakt zu den Bürgern zu haben.

Da die DB ein deutschlandweites Unternehmen ist, wurde für das Projekt der zweiten S-Bahn Stammstrecke eine neue Internetseite erstellt, auf der ausschließlich das Vorhaben thematisiert wird. Auf www.2.stammstrecke-muenchen.de können die Bürger nicht nur den derzeitigen Stand des Prozesses, sondern auch den geplanten Schienenverlauf und die Hintergründe abrufen. Bereits im Banner der Startseite bietet sich – wie in Abbildung 9 zu erkennen ist – die Möglichkeit direkten Kontakt zur DB aufzunehmen. Sobald das Feld „Treten Sie mit uns in Kontakt!“ angeklickt wird, erscheint ein Kontaktformular, in welchem man sein Anliegen darlegen kann.

⁶⁴ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/bau-der-zweiten-stammstrecke-in-muenchen-seehofer-setzt-der-bahn-ein-ultimatum-1.1565061>, Zugriff v. 09.06.2014



Abbildung 9: Banner der Homepage 2.stammstrecke-muenchen.de

Quelle: In Anlehnung an: 2. STAMMSTRECKE MÜNCHEN: Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG, 2013, <http://www.2.stammstrecke-muenchen.de/>, Zugriff vom 24.06.2014

Neben dem Angebot eine direkte Frage zu stellen, gibt es eine Rubrik, in der die am häufigsten gestellten Fragen mit Antworten aufgelistet werden. Dies ist oft eine Hilfestellung für Interessenten. Zusätzlich erspart es Aufwand für die DB.

DB zeigt sich auch in der Kostenkalkulation – wie in der Veröffentlichung von Abbildung 10 zu sehen ist - transparent.

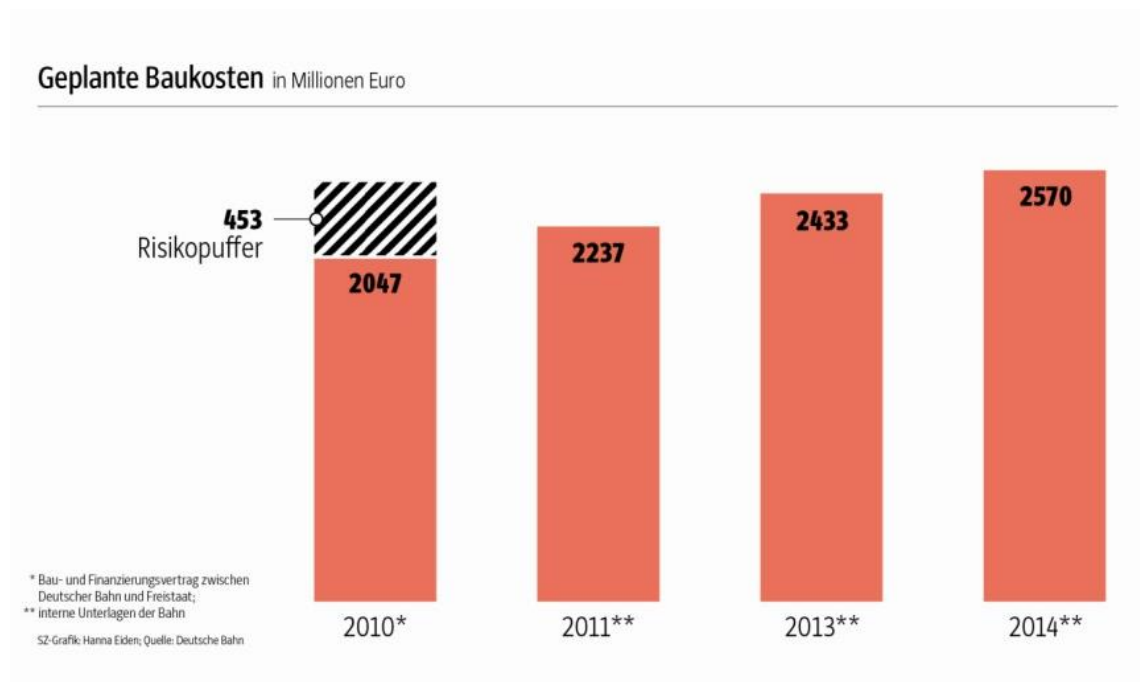


Abbildung 10: Geplante Baukosten für die zweite S-Bahn Stammstrecke

Quelle: SÜDDEUTSCHE.DE: München & Region, Herausgegeben von SÜDDEUTSCHE ZEITUNG DIGITALE MEDIEN GMBH / SÜDDEUTSCHE ZEITUNG GMBH, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/zweite-stammstrecke-s-bahn-tunnel-wird-immer-teurer-1.1928024>, Zugriff vom 09.06.2014

3.3.7 Standpunkte und Mediennutzung von ProBahn

Seitens der Politik werden viele Informationen durch Medienträger wie Zeitungen weitergegeben. Eine Beteiligung der Bürger wird dadurch nicht unterstützt. Eine weit verbreitete One-to-Many-Kommunikation gibt den Bürgern und Bürgerinnen nur wenig Spielraum für Mitsprache. Im Gegenteil die Bürger werden durch viele Versprechungen und Konflikte zwischen und in den Parteien verwirrt und provoziert. Dadurch wird eine große Angriffsfläche von Bund und Land gegeben. Die Bürger wollen den Prozess des Geschehens aus eigener Initiative vorantreiben. Aus diesem Grund sind Verbindungen entstanden, welche die Betroffenen unterstützen.

Der Fahrgast Verband ProBahn hat sich auf die Anliegen der Bundesbürger hinsichtlich der DB spezialisiert. In Mitgliederversammlungen können die Betroffenen sich nicht nur austauschen, sondern sie erhalten eine Stimme. ProBahn hört den Bürgern zu und gibt die Ergebnisse an die Öffentlichkeit weiter. So können die Interessen des einzelnen besser vertreten werden. Außerdem hat ProBahn einen Überblick über die Ge-

schehnisse des deutschen öffentlichen Nahverkehrs. Dadurch können sie Vergleiche und Prioritäten setzen.⁶⁵

Daher ruft ProBahn dazu auf, dass die zweite S-Bahn Stammstrecke nicht das einzige Vorhaben rund um die S-Bahn in München ist. Weitere beschlossene Maßnahmen zur Verbesserung sollten nicht in Vergessenheit geraten und demnächst umgesetzt werden.⁶⁶

Der Verbund ProBahn benutzt die One-to-Many-Kommunikation um Aussagen zu treffen, die die Politik an die Bürger erinnern soll. Zudem erhalten Betroffene eine Stimme in der Öffentlichkeit. Durch die Mitglieder des Verbundes entstehen One-to-One-Kommunikationen, welche einen hohen Austausch von Informationen bieten. Die Kommunikationsform Many-to-Many kann durch ProBahn genauso geführt werden.

3.3.8 Interpretation der Kommunikation

Dass die Mediennutzung und Kommunikation seitens der Stadt München derart einseitig verläuft, kann daran liegen, dass es sich nicht um ein originäres Projekt der Stadt handelt, sondern die DB und der Freistaates Bayern sich verantwortlich zeichnen. Die Stadt München nimmt nur Stellung bezüglich der Finanzierung, da dies der einzige Aspekt ist, in dem die Stadt mit einbezogen werden soll. Es scheint, Bürgeranliegen und ein Gesamtkonzept „Infrastruktur“ spielen eine untergeordnete Rolle.

Die Politik gibt keinen Grund zur Annahme, dass Partizipation in dem Fall der zweiten S-Bahn Stammstrecke erwünscht ist. Aussagen in den Printmedien werden hauptsächlich zur Finanzierung getroffen, oder um das Vorgehen der gegnerischen Partei schlecht darzustellen. Internetseiten der Parteien, des Bundes und des Staates bieten lediglich geringe Hintergrunddaten. Den aktuellen Stand des Prozesses erfahren die Besucher dieser Seiten nur, wenn sie das Archiv für Pressemitteilungen des jeweiligen Ministeriums durchforschen. Die fehlende Transparenz lässt die Bürger daran zweifeln, ob das Projekt Zukunft hat. Dass Nichtinformation oder geringe Kommunikation hier bewusst als Instrumente eingesetzt werden, ist allerdings nicht nachzuweisen.

Indes kommuniziert das DB-Unternehmen jegliche Information neben der Presse auch über eigene Kanäle. Hierfür wird die eigene Internetseite, die speziell für die zweite

⁶⁵ Vgl. <http://www.pro-bahn.de/muenchen/>, Zugriff v. 09.6.2014

⁶⁶ Vgl. www.sueddeutsche.de, Zugriff v. 09.06.2014

Stammstrecke in München gemacht wurde, auf dem aktuellsten Stand gehalten. Zudem wurden Broschüren für die Fahrgäste entworfen, in denen die Sachverhalte nachgeschlagen werden können. Die Möglichkeit zu geben, Kontakt mit dem Unternehmen aufzubauen, schenkt dem Unternehmen Vertrauenswürdigkeit und Glaubwürdigkeit seitens der Bürger und Bürgerinnen. Die Nähe zum Kunden lässt Sympathie entwickeln. Diese Kommunikationsschiene sollte die DB ebenso mit der Politik pflegen, um ihre Interessen durchsetzen zu können.

Die erläuterte Beziehung zwischen ProBahn und den Betroffenen, erleichtert die Kommunikation. Die Rollen von Sender und Empfänger sind nicht konkret verteilt, denn es besteht ein Austausch von Informationen, bei welchem Botschaften von beiden Seiten vermittelt werden.

3.4 Bürgerbeteiligung im Fall zweite S-Bahn Stammstrecke

Wie bereits erläutert haben die Betroffenen im Fall der zweiten S-Bahn Stammstrecke in München die Möglichkeit sich über eine Mitgliedschaft des Verbundes ProBahn am Prozess zu beteiligen.

Genauso wie es Befürworter gibt, sind auch negative Meinungen vorhanden. Es wurde eine Anti-Tunnel-Aktion gestartet. Unter www.tunnel-aktion.de wollen Bürger Haidhausens dazu aufrufen, dass der Tunnelbau für die zweite S-Bahn Stammstrecke unnötig ist. Wichtiger sei es, die bereits vorhandenen Gleisstrecken zu optimieren, damit diese besser ausgelastet werden können. Die Anti-Tunnel-Aktion fordert, wie auch das Aktionsbündnis S-Bahn München auf www.plan-a-muenchen.de, dass die S-Bahnen in einem zehn Minuten Abstand in den Stationen einfahren und keine neuen Tunnel gebaut werden.⁶⁷

Die Umstände, die der Bau eines neuen Tunnels mit sich bringt, wie z.B. Lärm, bieten eine weitere Angriffsfläche für die Bürger. Demzufolge klagten die Anlieger der geplanten neuen Haltestelle „Marienhof“. Kläger und das Bauamt einigten sich auf eine künstlerische Baustellenlärmschutzwand. Zusätzlich wurde dazu aufgerufen, dass jeder

⁶⁷ Vgl. <http://www.tunnel-aktion.de/index3.htm>, Zugriff v. 23.06.2014

Bürger sich über das Entwicklungskonzept der zweiten S-Bahn Stammstrecke informieren solle. Im Jahr 2014 wird es hierzu sogar eine Wanderausstellung geben.⁶⁸

Diese Wende hin zur direkteren Einbeziehung der Bürger könnte zur Folge haben, dass der weitere Verlauf des Vorhabens reibungslos abläuft. Allerdings sind trotz Bürgerbeteiligten Konfliktpotentiale nicht verschwunden.

3.5 Schlussfolgerung

Wären die Bürger von Beginn des Prozesses miteinbezogen worden, hätte sich die Stadt München viele Jahre des Wartens und Diskutierens um den Ausbau der S-Bahn ersparen können. Viele negative Eindrücke wurden von den Bürgern erst im Laufe des Kommunikationsprozesses gesammelt. Es bestätigt sich, um Konflikten vorzubeugen, die betroffenen Bürger von Anfang miteinzubeziehen. Außerdem ist die Kommunikation während dem gesamten Ablauf aufrecht zu erhalten. Die Beziehungen zwischen den Kommunikatoren können sich dementsprechend vertrauensvoll entwickeln und glaubenswürdig bleiben.

⁶⁸ Vgl. <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.jetzt-besteht-baurecht-zweite-stammstrecke-klaeger-und-bahn-einigen-sich.ff72414e-0627-4aa0-be74-de1da7e77d84.html>, Zugriff v. 23.06.2014

4 Fazit

Deutschland ist auf einem guten Weg bei der Etablierung der Bürgerbeteiligung. Es herrscht jedoch ein großes Aufklärungspotential. Bürger und Bürgerinnen haben den Wunsch an mehr Mitspracherechten bei aktuellen Vorhaben. Dazu fehlen oft die Möglichkeiten. Nicht nur von der Politik müssen Räume dafür geschaffen werden. Die Bürger selbst haben die Pflicht, sich zu informieren. Durch eine wachsende Nachfrage an Partizipation wird auch das Angebot seitens der Politik an die Gesellschaft steigen.

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass eine einseitige Kommunikation keinen langfristigen Erfolg verspricht. Um ein Ziel zu erreichen, muss auch die Politik ein offenes Ohr für andere haben, in diesem Fall für Münchens Bürger. Dafür ist vorauszusetzen, dass die Kommunikatoren sich bewusst sind, dass eine einfache Weitergabe von Informationen keine Rückmeldung bringt. Diese Rückmeldungen und die Reaktionen des Gegenübers sind allerdings notwendig um zu erkennen, ob der eigene Weg der richtige ist.

Die Komplexität einer Maßnahme verlangt eine entsprechend aufbereitete Kommunikationsanalyse. Dies beginnt bei der Auswahl der betreffenden Zielgruppen, der Kanäle und der Mittel. Ziele müssen klar definiert, in Unterziele gegliedert, mit Terminen versehen und bewertet werden. Es handelt sich um einen dynamischen Prozess, der stetig den neuen Erkenntnissen anzupassen ist. Dabei darf eine Kommunikationsanalyse nicht Selbstzweck sein, sondern hat sich an den übergeordneten Vorgaben zu orientieren. Die Nutzung der neuen Medien (Soziale Netzwerke) rücken hierbei immer stärker in den Fokus und werden entsprechend genutzt.

Literaturverzeichnis

Monographien:

DONATH Matthias: Demokratie und Internet: Neu Modelle der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik – Beispiele aus den USA. Frankfurt/Main 2001

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: Artikel 28 GG Absatz 2, Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: Artikel 29 GG Absatz 2ff., Neugliederung des Bundesgebiets

KLAGES Helmut/ VETTER Angelika: Bürgerbeteiligung auf Kommunalen Ebene: Perspektiven für eine systematische und verstetigte Gestaltung

NANZ Patrizia/ FRITSCH Miriam: Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Herausgegeben von BPB BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG. Bonn 2012

SCHILLER Theo: Direkte Demokratie: Eine Einführung. Frankfurt/Main 2002

VERFASSUNG DES FREISTAATS BAYERN: Artikel 2 Absatz 1f., Bayern als Volksstaat

VERFASSUNG DES FREISTAATS BAYERN: Artikel 74 Absatz 1., Volksentscheid

VERFASSUNG DES FREISTAATS BAYERN: Artikel 12 Absatz 3., Gemeindevermögen

Zeitungen:

MÜNCHNER MERKUR: Isar-Loisachbote: Stammstrecke darf teuer werden, Nr. 101, 3./4. Mai 2014

Internet:

ABENDZEITUNG: München, DIE ABENDZEITUNG GMBH & CO. KG, Januar 2014, <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.jetzt-besteht-baurecht-zweite-stammstrecke-klaeger-und-bahn-einigen-sich.ff72414e-0627-4aa0-be74-de1da7e77d84.html>, Zugriff vom 23.06.2014

ANWALT24.DE: Bürgerentscheid, Herausgegeben von WOLTERS KLUWER DEUTSCHLAND GMBH 2003-2014, <http://www.anwalt24.de/rund-ums-recht/Buergerentscheid-d163909.html>, Zugriff vom 07.06.2014

BPB: Bundeszentrale für politische Bildung: Direkte Demokratie, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/17361/direkte-demokratie>, Zugriff vom 07.06.2014

BPB: Bundeszentrale für politische Bildung: Volksabstimmung (Volksbefragung/Volksbegehren), <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18431/volksabstimmung-volksbefragung-volksbegehren>, Zugriff vom 08.06.2014

DUDEN: Wörterbuch: Bürgerbeteiligung, Herausgegeben von BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT GMBH 2013, <http://www.duden.de/rechtschreibung/Buergerbeteiligung>, Zugriff vom 07.06.2014

E-DEMOKRATIE.ORG: Social Media und elektronische Demokratie, Christian Heise 2009, <http://www.e-demokratie.org/e-demokratie/social-media-und-elektronische-demokratie/>, Zugriff vom 20.06.2014

ENZYKLO.DE: Deutsche Enzyklopädie: Kommunikationsanalyse, 2014, <http://www.encyklo.de/Begriff/Kommunikationsanalyse>, Zugriff vom 21.06.2014

FACHDIDAKTIK EINECKE: Kommunikationsanalyse, G. Einecke, http://www.fachdidaktik-einecke.de/4_Literaturdidaktik/kommunikationsanalyse_methode.htm, Zugriff vom 21.06.2014

GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON: Kommunikation, Dr. Markus Siepermann, Herausgegeben von SPRINGER FACHMEDIEN WIESBADEN GMBH, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kommunikation.html>, Zugriff vom 19.06.2014

GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON: Volksabstimmung, Dr. Eggert Winter, Herausgegeben von SPRINGER FACHMEDIEN WIESBADEN GMBH,

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/volksabstimmung.html?referenceKeywordName=Volksentscheid>, Zugriff vom 07.06.2014

G8/G9 VOLKSBEGEHREN: <http://www.volksbegehren-g9.de/volksbegehren.html>, Zugriff vom 16.06.2014

MEHR DEMOKRATIE: Volksbegehrensbericht 2013, Frank Rehmet, Berlin 2013, http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksbegehrensbericht_2013.pdf, Zugriff vom 16.06.2014

MEHR DEMOKRATIE: Volksentscheids-Ranking 2013, Frank Rehmet/ Tim Weber, Berlin 2013, http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksentscheids-ranking_2013.pdf, Zugriff vom 16.06.2014

MERKUR-ONLINE: Stadt München, Matthias Kristlbauer, März 2010, <http://www.merkur-online.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/streit-s-bahn-rathaus-fdp-attackiert-minister-zeil-653706.html>, Zugriff v. 09.06.2014

MERKUR-ONLINE: Stadt München, Thomas Schmidt, November 2011, <http://www.merkur-online.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/streit-ueber-stammstrecke-eskaliert-mm-1510922.html>, Zugriff vom 09.06.2014

MITDEKEN: Gemeinsam die Stadt verändern, Herausgegeben von LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN - REFERAT FÜR STADTPLANUNG UND BAUORDNUNG, <http://muenchen-mitdenken.de/>, Zugriff vom 18.06.2014

MUENCHEN.DE: Das offizielle Stadtportal, Herausgegeben von PORTAL MÜNCHEN BETRIEBS-GMBH & CO. KG 2014, <http://www.muenchen.de/>, Zugriff vom 23.06.2014

MUENCHEN.DE: Das offizielle Stadtportal: Bürgerbeteiligung beim öffentlichen Bau, Herausgegeben von PORTAL MÜNCHEN BETRIEBS-GMBH & CO. KG 2014, <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/baureferat/buergerschaftliches-engagement/buergerbeteiligung.html>, Zugriff vom 18.06.2014

MVV: MVV in Zahlen, Herausgegeben von MVV GMBH, 2014, <http://www.mvv-muenchen.de/de/der-mvv/mvv-in-zahlen/index.html>, Zugriff vom 22.06.2014

MVV: S-Bahn-Planung, Herausgegeben von MVV GMBH, 2014, <http://www.mvv-muenchen.de/de/der-mvv/die-mvv-gmbh/konzeption/s-bahn-planung/>, Zugriff vom 23.06.2014

MVV: Verbundgeschichte, Herausgegeben von MVV GMBH, 2014, <http://www.mvv-muenchen.de/de/der-mvv/verbundgeschichte/chronik/index.html>, Zugriff vom 22.06.2014

NONVERBALE KOMMUNIKATION: Probleme in der nonverbalen Kommunikation, <http://www.nonverbal-kommunikation.de/files/2011/02/probleme-in-der-nonverbalen-kommunikation.jpg>, Zugriff vom 19.06.2014

ONE STOP EUROPE – ANGEWANDTE BÜRGERBETEILIGUNG: Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik, Norbert Brugger, Herausgegeben von ALCATEL-LUCENT

ONE STOP EUROPE – ANGEWANDTE BÜRGERBETEILIGUNG: Was Kommunen beim Thema Bürgerbeteiligung von der Landesregierung erwarten, Johannes Stingl, Herausgegeben von ALCATEL-LUCENT STIFTUNG FÜR KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG 2013, http://www.stiftungaktuell.de/files/sr103_angewandte_b_rgerbeteiligung.pdf#page=24, Zugriff v. 18.06.2014

ONLINE-ARTIKEL: Kommunikationsanalyse, Philipp Breier, 2013, <http://www.online-artikel.de/article/kommunikationsanalyse-115435-1.html>, Zugriff vom 21.06.2014

PAUL WATZLAWICK: Die Axiome von Paul Watzlawick, <http://www.paulwatzlawick.de/axiome.html>, Zugriff vom 10.06.2014

PROBAHN: PRO BAHN Regionalverband Oberbayern e.V., <http://www.pro-bahn.de/muenchen/>, Zugriff vom 09.06.2014

S-BAHN IN MÜNCHEN: Historie, Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG, 2014, http://www.s-bahn-muenchen.de/s_muenchen/view/wir/historie.shtml, Zugriff vom 22.06.2014

S-BAHN MÜNCHEN: Schnellbahnnetzplan 2014, Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG 2014, http://www.s-bahn-muenchen.de/s_muenchen/view/mdb/s_muenchen/content/mdb_138234_schnellbahnnetz_2014_db.pdf, Zugriff vom 22.06.2014

S-BAHN IN MÜNCHEN: Zahlen, Daten und Fakten, Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG, 2014, http://www.s-bahn-muenchen.de/s_muenchen/view/wir/daten_fakten.shtml, Zugriff vom 22.06.2014

SHELL JUGENDSTUDIE: Politik, <http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study/2010/politics.html>, Zugriff vom 14.06.2014

STATISTA: Das Statistik-Portal: MVV-Beförderungsleistung bis 2012, 2014,
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/28395/umfrage/befoerederungsleistung-des-mvv/>, Zugriff vom 22.06.2014

STATISTA: Das Statistik-Portal: Umfrage- Volksentscheid auf Bundesebene, 2014,
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/161726/umfrage/meinung-der-deutschen-zum-volksentscheid-auf-bundesebene/>, Zugriff vom 15.06.2014

STIFTUNG FÜR KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG 2013,
http://www.stiftungaktuell.de/files/sr103_angewandte_b_rgerbeteiligung.pdf#page=21,
Zugriff vom 17.06.2014

SUEDDEUTSCHE.DE: München & Region, Herausgegeben von SÜDDEUTSCHE ZEITUNG DIGITALE MEDIEN GMBH / SÜDDEUTSCHE ZEITUNG GMBH,
<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/zweite-stammstrecke-s-bahn-tunnel-wird-immer-teurer-1.1928024>, Zugriff vom 09.06.2014

SUEDDEUTSCHE.DE: München & Region, Marco Völklein, April 2014, Herausgegeben von SÜDDEUTSCHE ZEITUNG DIGITALE MEDIEN GMBH / SÜDDEUTSCHE ZEITUNG GMBH, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/zweite-stammstrecke-in-muenchen-bauen-oder-beerdigen-1.1930477>, Zugriff vom 09.06.2014

SUEDDEUTSCHE.DE: München & Region, Mike Szymanski/ Marco Völklein, Januar 2013, Herausgegeben von SÜDDEUTSCHE ZEITUNG DIGITALE MEDIEN GMBH / SÜDDEUTSCHE ZEITUNG GMBH, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/bau-der-zweiten-stammstrecke-in-muenchen-seehofer-setzt-der-bahn-ein-ultimatum-1.1565061>, Zugriff vom 09.06.2014

SUEDDEUTSCHE.DE: München & Region, Mike Szymanski/Marco Völklein, April 2014, Herausgegeben von SÜDDEUTSCHE ZEITUNG DIGITALE MEDIEN GMBH / SÜDDEUTSCHE ZEITUNG GMBH, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/zweite-stammstrecke-in-muenchen-seehofer-warnt-vor-einem-finanzgrab-1.1928961>, Zugriff vom 09.06.2014

SUEDDEUTSCHE.DE: München & Region, Mike Szymanski/Marco Völklein, Januar 2013, Herausgegeben von SÜDDEUTSCHE ZEITUNG DIGITALE MEDIEN GMBH / SÜDDEUTSCHE ZEITUNG GMBH, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/bau-der-zweiten-stammstrecke-in-muenchen-seehofer-setzt-der-bahn-ein-ultimatum-1.1565061>, Zugriff vom 09.06.2014

SUEDDEUTSCHE.DE: München & Region, Ulrich Schäfer, Oktober 2012, Herausgegeben von SÜDDEUTSCHE ZEITUNG DIGITALE MEDIEN GMBH / SÜDDEUTSCHE

ZEITUNG GMBH, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/debatte-um-s-bahn-tunnel-bahn-chef-zweite-roehre-muss-kommen-1.1500150>, Zugriff vom 09.06.2014

TAZ.DE: Studie zur Bürgerbeteiligung, Sebastian Erb, <http://www.taz.de/!101074/>, Zugriff vom 16.06.2014

TU-ILMENAU: Kommunikation einer Botschaft, <http://blogs.tu-ilmenau.de/85steffi/files/2010/12/Digitale-Kommunikation.jpg>, Zugriff v. 19.06.2014

TUNNEL AKTION: Verein der Bürgerinitiative Haidhausen S-Bahn-Ausbau, 2005-2014, <http://www.tunnel-aktion.de/index3.htm>, Zugriff vom 23.06.2014

TZ: München, 2. Stammstrecke: Zeil mit Ultimatum an die Stadt, November 2011, Herausgegeben von ZEITUNGSVERLAG TZ MÜNCHEN GMBH & CO. KG, <http://www.tz.de/muenchen/stadt/stammstrecke-zeil-ultimatum-stadt-1509132.html>, Zugriff vom 09.06.2014

UNIVERSITÄT SIEGEN: Methoden der empirischen Sozialforschung, Prof. Dr. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, http://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/ludwig-mayerhofer/methoden/methoden_downloads/methoden_i_10.pdf, Zugriff vom 21.06.2014

WIRTSCHAFTSLEXIKON24.COM: Kommunikationsanalyse, 2014, <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/kommunikationsanalyse/kommunikationsanalyse.htm>, Zugriff vom 21.06.2014

2. STAMMSTRECKE MÜNCHEN: Die 2. Stammstrecke, Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG, 2013, <http://www.2.stammstrecke-muenchen.de/das-projekt/die-2-stammstrecke/>, Zugriff vom 23.06.2014

2. STAMMSTRECKE MÜNCHEN: Situation Heute, Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG, 2013, <http://www.2.stammstrecke-muenchen.de/das-projekt/situation-heute/>, Zugriff vom 23.06.2014

2. STAMMSTRECKE MÜNCHEN: Tunnelbau, Herausgegeben von DEUTSCHE BAHN AG, 2013, <http://www.2.stammstrecke-muenchen.de/das-projekt/tunnelbau/>, Zugriff vom 23.06.2014

The map illustrates the extensive S-Bahn network in Munich, Germany. It features several main lines radiating from the city center, each with its own color and line number:

- S1 (Blue):** Connects the city center to the airport and the north.
- S2 (Green):** Connects the city center to the south and east.
- S3 (Purple):** Connects the city center to the west and south.
- S4 (Red):** Connects the city center to the east.
- S6 (Orange):** Connects the city center to the south.
- S7 (Yellow):** Connects the city center to the east.
- S8 (Light Blue):** Connects the city center to the airport and the north.

The map also shows various regional lines (U1, U2, U3, U4, U5, U6, U7, U8) and their connections to the main S-Bahn lines. A legend in the bottom right corner identifies the tariff zones (Tarifzonen) and the Munich XXL area.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Vorname Nachname